

# ANTWORT *! auf aktuelle Fragen*

## Wie ist die Lage der westdeutschen Bauern?

*„Viele westdeutsche Bauern wünschten sich heute, auf so sicherem Boden zu stehen und so zuversichtlich in die Zukunft schauen zu können wie die Genossenschaftsbauern in der Deutschen Demokratischen Republik.“ (Aus dem Wahlauftrag des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.)*

In vielen Gesprächen, die gerade jetzt, in der Zeit der Wahlvorbereitung, in unseren Dörfern geführt werden, wird oft mit regem Interesse über die Lage der westdeutschen Bauern diskutiert. Man will exakt wissen: Wie sieht es bei den Bauern drüben aus?

Hunderte westdeutscher Bauern — Klein-, Mittel- und Großbauern — weilten während der 11. Landwirtschaftsausstellung in der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Kleinbauer aus Baden-Württemberg sei hier zitiert. Er sagte:

„Ich bin das erste Mal in der DDR. Was den größten Eindruck auf mich gemacht hat, ist die Tatsache, daß ich hier keinen Bauern mit Existenzsorgen angetroffen habe. Zum anderen sind es die menschlichen Beziehungen, wie ich sie hier auf dem Dorf kennenlernen konnte. Hier ist nicht der eine gegen den anderen eingestellt. Das ist ganz anders als bei uns, wo schon feststeht, wieviel und welche Bauern ihren Hof in der nächsten Zeit aufgeben müssen. # Vielen geht es jetzt darum, wer von wem den Boden sowie das tote und lebende Inventar übernimmt. Einer will den anderen überverteilen.“

Worin sind die unmittelbaren Ursachen dafür zu suchen, daß sich zum Beispiel die Lage der westdeutschen Bauernschaft ständig verschlechtert? In dem kapitalistischen Entwicklungsweg der westdeutschen Landwirtschaft und genauso darin, daß in wachsendem Maße das gesamte gesellschaftliche Leben in Westdeutschland der atomaren Aufrüstung untergeordnet wird. Da bleibt es nicht aus, daß die Rüstungskosten nicht nur auf die Arbeiterklasse, sondern auch auf die Bauern abgewälzt werden. Die Ausbeutung der

Arbeiter und Bauern durch die Monopole und Banken ist die Hauptquelle für die Deckung der Rüstungskosten, die in diesem Jahre 18,4 Milliarden DM betragen und im Jahre 1964 auf 21,5 Milliarden DM steigen sollen. Wer wirtschaftlich nicht genügend stark, das heißt konkurrenzfähig ist, und das ist die Masse der westdeutschen Klein- und Mittelbauern, der bleibt dabei auf der Strecke.

Lassen wir Tatsachen sprechen: Nach frisierten Angaben der Bonner Regierung sind von 1949 bis 1962 412 300 Bauern — die wirkliche Zahl beträgt etwa 450 000 — gezwungen worden, ihre Wirtschaften aufzugeben und zum größten Teil als Hilfsarbeiter in die Industrie zu gehen.

In einem offiziellen Organ der westdeutschen Regierung vom 2. Oktober 1962 heißt es: „Nüchtern und offen müssen wir uns alle darüber im klaren sein, daß wir jährlich 80 000 Landwirtschaftsbetriebe weniger haben.“ Diese Zahlen entsprechen auch anderen Quellenangaben, nach denen in den nächsten Jahren noch 600 000 bis 800 000 Bauern ihre Höfe aufgeben sollen.

Im Interesse ihrer NATO- und EWG-Politik ist die Bonner Regierung gegenwärtig auch dabei, eine umfassende Senkung der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse einzuleiten. Nachdem die Preise in den letzten zwei Jahren zum Teil gleichblieben, zum Teil fielen (allein beim Verkauf von Schlachtrindern hatten die westdeutschen Bauern 1962 einen Einnahmeverlust von 200 Millionen DM), tritt jetzt der Landwirtschaftsminister Schwarz unter Billigung der gesamten Regierung für die Senkung der Getreidepreise ein. Sein Staatssekretär Hüttebräuker meint, „daß sich damit die westdeutsche Landwirtschaft auf eine allgemeine Preissenkung für ihre Erzeugnisse umstellen müsse“.

Daß die Senkung der Erzeugerpreise nicht zum Sinken der Verbraucherpreise führt, beweist die Tatsache, daß im